

Deutsche Bundesbank

Robuste Entscheidungen

Dass die Bundesregierung Jens Weidmann für eine zweite Amtszeit als Bundesbankpräsident vorschlagen würde, war schon seit Anfang des Jahres vermutet worden. Ausgerechnet am Tag der Bilanzpressekonferenz der Notenbank ist die Ernennung dann offiziell bestätigt und Anfang März vom Bundesbankvorstand befürwortet worden. Die Terminierung dieser Personalentscheidung durch die Bundesregierung muss kein Zufall sein. Weidmann jedenfalls wirkte nicht sonderlich überrascht, sich bei der Jahrespressekonferenz 2018 auch zu dieser Personalie äußern zu müssen. Er tat dies völlig sachlich und realistisch genug, von sich aus die Ernennung von gleich zwei deutschen Kandidaten für die Präsidentenposten der EU-Kommission und der Europäischen Zentralbank als eher unwahrscheinlich einzustufen.

Einmal mehr hat Jens Weidmann dann angedeutet, dass er sich auch künftig in welcher Position auch immer seinen Blick für eine zeit- und situationsgerechte Anwendung des geldpolitischen Instrumentariums bewahren will. In diesem Sinne hat er die Dringlichkeit einer Wiederbelebung der langfristigen Refinanzierungsgeschäfte (targeted longer-term refinancing operations TLTROs) relativiert, weil er die derzeitige Lage als anders einstuft als jene bei ihrer Einführung. In der Tat spielt die Sorge vor einer Deflation im Moment eine eher untergeordnete Rolle und zudem kann der Bundesbankpräsident auch auf unverändert deutliche Wachstumsraten der Kreditvergabe von 4 Prozent verweisen, gegenüber seinerzeit minus 2 Prozent. Die Sparkassen, um ein Beispiel aus Deutschland zu geben, haben für das Berichtsjahr 2018 gerade ein Plus von 5,5 Prozent bei den Kreditbeständen und plus 6,6 Prozent beim Neugeschäft mit Unternehmen und Selbstständigen gemeldet. Zumindest in Deutschland ist zudem die Eigenkapitalquote der Unternehmen und insbesondere des Mittelstandes in den vergangenen zehn Jahren deutlich auf über 30 Prozent angestiegen.

Wenn unter solchen Voraussetzungen über eine Wiederbelebung des Instrumentes der langfristigen Refinanzierung von Kreditinstituten nachgedacht wird, will der Bundesbankpräsident nicht nur das Szenario möglicher

Crowding-Out-Effekte bei der realen Kapitalmarktfinanzierung betrachtet wissen, sondern auch die Ausgestaltung, beispielsweise die Laufzeit, die Zinskonditionen und die Volumina einschließlich der Klippeneffekte. Die Ratskollegen, so lässt sich im Rückblick festhalten, haben diese Überlegungen des Bundesbankpräsidenten zumindest als Anregung betrachtet und die konkrete Ausgestaltung offengelassen. In der Sache haben sie sich allerdings schon gut acht Tage später in ihrer Sitzung von Anfang März und damit schneller als an den Märkten erwartet intensiv mit diesen Themen befasst und von September 2019 bis März 2021 ein Programm für längerfristige Refinanzierungsgeschäfte auf den Weg gebracht, das die Aufnahme von bis zu 30 Prozent des Bestands an anrechenbaren Krediten (Stand Ende Februar) ermöglicht. Ob das aber den Vorstellungen von Jens Weidmann entspricht? Er hatte in Phasen von Unsicherheit hinreichend robuste Entscheidungen der Geldpolitik angemahnt. (Zur Bundesbankbilanz 2018 siehe Zentralbanken in diesem Heft.)

Sparkassen I

Ein offenes Fenster?

„Window of opportunity“, heißt es im Englischen so trefflich, wenn sich eine günstige Gelegenheit ergibt, lange Aufgeschobenes endlich zu erledigen. Für den Erfolg braucht es einen guten Instinkt, ein gehöriges Maß an Erfahrung und natürlich immer auch ein bisschen Glück. Helmut Kohl hat ein solches Fenster Ende der 80er Jahre genutzt, als die internationalen Rahmenbedingungen einerseits und die Entwicklungen innerhalb der DDR die kleine Möglichkeit zur deutschen Wiedervereinigung eröffneten. Helmut Schleweis hat derzeit auch ein solches offenes Fenster erspäht. Er wird daher nicht müde, für eine einzige „Sparkassen-Zentralbank“ zu trommeln. Die Zeit sei reif, diesen entscheidenden Schritt zu gehen, sagt er, wohlwissend, dass sich Jahrzehnte lang andere an dieser Aufgabe die Zähne ausgebissen haben. Aber Hannover hat eigene Probleme, die Hessen stehen den Überlegungen gar nicht so ablehnend gegenüber, Bayern sucht einen neuen Vorstandschef, die Deka wird sich fügen müssen, bleiben lediglich die Schwaben. Auf den ersten Blick. Denn Schleweis wäre nicht Präsident des DSGV,



wenn er nicht auch ganz genau über politische Widerstände, über Sorgen anderer Eigentümer und über die Wünsche seiner Sparkassen genauestens Bescheid wüsste. Diese zu moderieren ist nun seine Aufgabe. Doch immerhin hat er – ähnlich wie Helmut Kohl damals mit seinem 10-Punkte-Plan – die Richtung klar und eindeutig vorgeben.

Auf der jüngsten Bilanzpressekonferenz betonte er noch einmal, dass er keine „Super-Landesbank“, sondern ein „Sparkassen-Zentralbank“ anstrebe, deren Aufgaben originär aus dem Bedarf der Sparkassen abzuleiten sind. Hier fasst der Präsident ohne Gewähr auf Vollständigkeit schnell zusammen: Kapitalmarktgeschäft, Auslandsgeschäft, Konsortialgeschäft, diverse Unterstützungsleistungen. Die wichtigen strukturpolitischen Aufgaben sieht bei den Förderbanken sehr viel besser aufgehoben und will bei der Politik für diese Überlegung werben. Wichtig ist ihm, dass die Zentralbank nicht auf eigenes Kundengeschäft ausgerichtet ist und dass die Sparkassen Eigentümer und Nutzer zugleich sind, was wiederum den Ergebnisdruk eines solchen Instituts mindere. „Das muss nur seine Kapitalkosten verdienen“, so der Präsident. Dass dies gelingen kann, ist er sich sicher. Und er setzt noch eins drauf. „Alle Verbundunternehmen sollten sich im Eigentum der Sparkassen befinden“, fordert Schleweis, ohne näher auszuführen, ob in einer Sparkassen-Zentralbank oder als eigenständige Unternehmen.

Die Sparkassen selbst sind sicherlich für jede Erleichterung dankbar. Denn ihnen bläst der Wind zunehmend schärfer entgegen. Zwar stiegen Einlagenvolumina auf 950 Milliarden Euro (plus 4,3 Prozent) und Kundenkreditvolumen auf 823 Milliarden Euro (plus 3,7 Prozent), doch davon bleibt angesichts des zunehmenden Margendrucks und der Negativzinsen immer weniger hängen. So sank der Zinsüberschuss um satte 747 Millionen Euro auf 20,8 Milliarden Euro, was vom Provisionsüberschuss (plus 209 Millionen Euro auf 7,8 Milliarden Euro) nicht aufgefangen werden konnte. Da der Verwaltungsaufwand lediglich stabil gehalten werden konnte, musste der spürbare Rückgang der Risikovorsorge (minus 643 Millionen Euro auf 4,1 Milliarden Euro) helfen, ein leicht besseres Ergebnis als im Vorjahr darzustellen. Mit 2,2 Milliarden liegt der Jahresüberschuss um 100 Millionen Euro besser als 2017. Zudem wurden aber auch noch 2,7 Milliarden

in die Rücklagen eingestellt. Im Vorjahr waren dies noch 4,7 Milliarden Euro.

Sparkassen II

Reizthema Ausschüttungen

Kein Wort hat Gerhard Grandke in seiner offiziellen Rede zur Jahresberichterstattung der unverändert 49 Sparkassen des Verbandsgebietes Hessen-Thüringen zu den vieldiskutierten Themen einer sparkasseneigenen Landesbank mit Zentralbankfunktionen sowie der anstehenden Neuordnung der Nord-LB gesagt. Dass in der Berichterstattung danach dann von der Konstellation Dekabank, Deutsche Hypo und Helaba die Rede war, ist der Frage-Antwort-Runde zu verdanken. Denn natürlich weiß ein erfahrener Verbandspräsident, welche Themen ihn dabei erwarten und hat auch überlegt, welche Antworten er dafür parat hat. So wurde in der Diskussionsrunde munter besprochen, welche konkreten Vorschläge auf dem Weg zu einem einzigen Landesbank-Dienstleister der DSGVO-Präsident Helmut Schleweis in seiner Eigenschaft als Verwaltungsratsvorsitzender einiger Verbunddienstleister präsentieren könnte, welche zentralen Funktionen ein solches Zentralinstitut der Sparkassen mitbringen müsste, ob und wie es von den Ertragsaussichten her den Anforderungen der Bankenaufsicht an ein nachhaltiges Geschäftsmodell gerecht werden könnte, weshalb sich Sparkassenverband und Landesbank in Stuttgart so abwehrend und die Bayern so spärlich äußern und weshalb die Zustimmung zu dem Vorschlag aus den regionalen Sparkassenverbänden nur so lange positiv und ermunternd klingt, wie es nicht um die konkrete Bewertung und Neuordnung von Eigentümerverhältnissen geht.

All diese Strategien von Öffentlichkeitsarbeit und Verhandlungsführung hat auch der SGVHT-Präsident im Kalkül. Bei seiner eigenen Jahresberichterstattung des SGVHT hat er dementsprechend diverse Überlegungen in seiner pfiffigen Rhetorik kommentiert, nur an einer Stelle ist ihm die gewohnte Lockerheit ein wenig abhanden gekommen – nämlich bei der Frage nach der Ausschüttungspolitik der Sparkassen. Dass an dieser Stelle der Präsident des hessischen Rechnungshofes schon vor gut zwei Jahren, die Fraktion Die Linke im hessischen Landtag im Sommer 2018 und ein Mitarbeiter

des Rechnungshofs dieser Tage angeregt hat, einen Teil des Sparkassengewinnes an die Kommunen abzutreten, lässt Grandke ein wenig gereizt klingen. Er plädiert an dieser Stelle für eine extrem vorsichtige Ausschüttungspolitik und verweist darauf, dass seine Institute die regulatorischen und sonstigen Anforderungen nur mit Gewinnthesaurierung bewältigen und trotz einiger Sparkassen mit Pfandbriefemissionen kaum Mittel am Kapitalmarkt aufnehmen können. Man kann trefflich darüber debattieren, was „Abführungen an den Träger in angemessenem Umfang“ bedeuten, wie sie § 16 im hessischen Sparkassengesetz vorsieht. Aber als neutraler Beobachter wäre es zumindest beruhigend, wenn man bei solchen pauschalen Aussagen vonseiten der Rechnungshöfe sicher sein könnte, dass diese fachlich voll im Blick haben, wie stark die Sparkassen durch die Eigenkapital- und sonstigen regulatorischen Vorschriften sowie durch die Verpflichtungen aus den Haftungseinrichtungen, siehe Nord-LB, gefordert sind und was diesbezüglich noch auf sie zukommen könnte.

Um welchen Ausschüttungsspielraum es geht, zeigt ein Blick auf die Ertragsrechnung. Bei einem um 4,6 Prozent auf 2,149 Milliarden Euro rückläufigen Zinsüberschuss (inklusive Derivate), einem um 1,6 Prozent auf 773,4 Millionen Euro angestiegenen Provisionsüberschuss und nahezu konstant gebliebenen Verwaltungsaufwendungen von 1,977 (1,975) Milliarden Euro waren das Betriebsergebnis vor Bewertung mit 969,6 Millionen Euro um 8,9 Prozent rückläufig und das Betriebsergebnis nach Bewertung mit 829,7 Millionen Euro um 24,0 Prozent. Der Jahresüberschuss lag bei 568,5 (608,7) Millionen Euro vor und 256,8 (300,5) Millionen Euro nach Steuern, die Cost Income Ratio bei 67,1 (65,0) Prozent und die Kernkapitalquote bei 19,0 (18,7) Prozent.

Kreditgenossenschaften I

Kein außergewöhnliches Jahr

Die DZ Bank AG hat als Zentralbank und Spitzeninstitut den Auftrag, die Geschäfte der vielen eigenständigen Genossenschaftsbanken vor Ort zu unterstützen und ihre Position im Wettbewerb zu stärken. So lautet die Eigendefinition vom genossenschaftlichen Spitzeninstitut, die sich in den vergangenen Jahren zweifelsoh-

ne bewährt hat. Diese Arbeitsteilung erweist sich dann in etwas turbulenteren Kapitalmarktjahren aber auch als hinderlich für ein außergewöhnliches Jahr, wie es in jüngerer Vergangenheit einige bei der DZ Bank zu beobachten gab, erweisen. Wenn der Dax zwischen Anfang Januar und Ende Dezember rund 3000 Punkte verliert, fällt es schlicht schwer, gegen diese Entwicklung und die niedrigen Zinsen anzukämpfen. Und wenn dann noch hausgemachte Probleme bei der ein oder anderen Tochtergesellschaft hinzukommen, kann es auch einmal sein, dass die selbst gesteckte Ergebnisrange von 1,5 bis 2 Milliarden Euro vor Steuern nicht erreicht wird. So geschehen im abgelaufenen Geschäftsjahr, für das „nur“ 1,37 Milliarden Euro vermeldet werden konnten.

Doch der Reihe nach: Der Rückgang des Zinsergebnisses um rund 140 Millionen Euro auf 2,8 Milliarden kann angesichts der EZB-Politik nicht wirklich überraschen und wurde aber mehr als überkompensiert von einem Rückgang der Risikovorsorge um etwa 760 Millionen auf gerade noch 21 Millionen Euro. Der Provisionsüberschuss stieg um 90 Millionen Euro auf 1,96 Milliarden Euro und erreicht damit einen Anteil von 70 Prozent am Zinsüberschuss. Das ist gut. Der Verwaltungsaufwand stieg leicht um 100 Millionen Euro auf 4,06 Milliarden, was von Zins- und Provisionsüberschuss immer noch einigermaßen gedeckt werden kann.

Bleiben die oben bereits erwähnten Aufgaben. „Als große Kapitalsammelstelle kann sich die DZ-Bank-Gruppe der Marktvolatilität nicht entziehen“, so Cornelius Riese, neuer Co-Vorstandsvorsitzender im Konzern dazu. Zum einen halbierte sich das Handelsergebnis auf gerade einmal 285 Millionen Euro, zum Vergleich: 2016 lag es noch bei 780 Millionen Euro. Entsprechend ging das Ergebnis der DZ Bank AG um knapp ein Drittel auf 522 Millionen Euro zurück. Die originären Geschäftsaktivitäten der DZ Bank AG, ohne Beteiligungserträge und ohne Holdingkosten kamen im vergangenen Jahr auf ein Ergebnis von 308 Millionen und lagen damit leicht unter dem Vorjahreswert von rund 350 Millionen. Diese neue Transparenz der Zahlen der DZ Bank AG wird 2021 maßgeblich sein, wenn beurteilt werden soll, ob die Bildung einer Holding sinnvoll ist.

Daneben litten auch die beiden anderen großen Kapitalanleger im Konzern. Der Ergebnisbeitrag der Union, die Assets under Manage-



ment in Höhe von über 320 Milliarden Euro verwaltet, sank um gut 100 Millionen Euro auf 502 Millionen, der der R+V, die immerhin noch Anlagen in Höhe von gut 100 Milliarden wertbringend anzulegen hat, sogar um fast 50 Prozent auf 413 Millionen Euro. Kräftige Bremspuren hinterließ auch die frisch fusionierte DZ Hyp mit einem Einbruch des Ergebnisses von 637 auf 232 Millionen Euro. Grund sind die Fair-Value-Bewertungen des Staatsanleiheportfolios der früheren DG Hyp: Hier mussten 2017 Zuschreibungen von rund 290 Millionen vorgenommen werden, während Wertkorrekturen von 20 Millionen zu Buche schlugen.

All das erklärt und relativiert den Ergebnismrückgang im Jahr 2018, zeigt aber auch, dass das Geschäftsmodell zwar breit diversifiziert, aber gegen Schwankungen vor allem an den Kapitalmärkten keineswegs immun ist. Ebenso wenig wie der Abschluss 2017 als goldgerändert für Wolfgang Kirsch gewertet werden sollte, darf man diesen nun als Malus der beiden neuen Co-Vorstandsvorsitzenden werten. Es ist ein Abschluss geprägt von einem herausfordernden Kapitalmarktjahr und natürlich der Abschluss eines Übergangsjahres mit dem Wechsel an der Konzernspitze, der sicherlich nicht am oberen Ende des Möglichen liegt. Alles andere wäre ungeschickt und sogar fahrlässig.

Kreditgenossenschaften II

Das Dilemma mit der Einlagenverzinsung

Seit drei Jahren liegen der Hauptrefinanzierungssatz der EZB bei Null Prozent und die Einlagefazilität für Bankengelder bei der EZB bei minus 0,4 Prozent. Einlagen bereiten unter dieser Konstellation nur bedingt Freude. Denn viele Kunden wissen genau, dass damit allen moderaten Inflationsraten zum Trotz seit Jahren reale Verluste hingenommen werden müssen. Und den Banken ist dieses Dilemma ebenso bewusst. Gerade für die Institute mit traditionell hohen Einlageüberschüssen bedeutet die Anlage bei der Notenbank zudem einen nicht zu vernachlässigenden Kostenfaktor.

Dass sich die Einlagen der 381 (402) Ortsbanken des Frankfurter Genossenschaftsverbandes im Berichtsjahr 2018 dennoch um 5,1 Prozent auf 335,351 Milliarden Euro erhöht haben,

wird vom Vorstandsvorsitzenden Ralf W. Barkey zu Recht als erneuter Vertrauensbeweis eingestuft. Er darf diese Wertschätzung auch als gute Basis für eine Refinanzierung des um 6,0 Prozent auf 294,308 Milliarden Euro gewachsenen Kreditgeschäftes interpretieren. Aber mit der Erfüllung des Förderauftrags für die 7322500 Mitglieder in seinem Verbandsgebiet kann er sich nur auf der Kreditseite – nämlich der Sicherung der Finanzierung der regionalen Wirtschaft – richtig wohlfühlen. Die Einlagenverzinsung indes bereitet trotz der Zuflüsse im vergangenen Jahr und einem Plus von 53,6 Prozent an Kundeneinlagen seit 2008 Unbehagen. Eigentlich sieht Barkey die Volks- und Raiffeisenbanken in der Verantwortung, im Rahmen ihrer Beratung ertragreichere Anlagealternativen aufzuzeigen. Doch mit den kontraproduktiven Wirkungen der aktuellen Geldpolitik wie der regulatorischen Umsetzung von MiFID II verweist er auf zwei gravierende Hindernisse. Ohne eine steuerliche Förderung auf Basis von Sparplänen in Aktien oder Fondssparplänen hält er die Sicherstellung der privaten Altersvorsorge breiter Bevölkerungsschichten im aktuellen geldpolitischen und regulatorischen Umfeld nicht für darstellbar.

Mit einer Forcierung des Wertpapiergeschäftes können die genossenschaftlichen Ortsbanken in schlechten Kapitalmarktjahren wie 2018 nur bedingt entgegenwirken. Auch der Spielraum ihrer Ertragsrechnung wird unter den derzeitigen Rahmenbedingungen immer enger. Zwar konnten die Institute des Verbandes ihren Zinsüberschuss bei 8,784 Milliarden Euro in etwa konstant halten und der Zuwachs beim Provisionsüberschuss von 165 Millionen Euro auf 3,311 Milliarden Euro hat den um 98 Millionen Euro höheren Aufwand (8,095 Milliarden Euro) überkompensiert und lässt das Betriebsergebnis vor Bewertung um 73 Millionen Euro auf 4,093 Milliarden Euro steigen. Aber gemessen an der durchschnittlichen Bilanzsumme liegen die 0,89 (0,92) Prozent erneut niedriger als im Vorjahr und deutlich unter den Werten, die noch vor zehn Jahren erreicht wurden. Der Vorstandsvorsitzende des Verbandes wird deshalb nicht müde, eine faire regulatorische Behandlung der kleineren Institute und eine Normalisierung der Geldpolitik zu fordern. Bei ersterem Anliegen könnte er in Brüssel bei der Umsetzung des Bankenpaketes zumindest teilweise Gehör finden, mit letzterem wird er sich nach der jüngsten Forward Guidance der EZB bis mindestens 2020 gedulden müssen.